



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Plenarwoche 02.-05. September 2002

**Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED**

I. Allgemeine Informationen

Die Hauptarbeit im Parlament wird in 17 Ausschüssen geleistet. Der Ausschuss für Recht und Binnenmarkt, in dem ich Mitglied bin, befasst sich beispielsweise mit allen den europäischen Markt betreffenden Wirtschafts- und Rechtsthemen. Welcher Ausschuss für was zuständig ist, ergibt sich aus der Geschäftsordnung des Parlaments. Sobald ein Gesetzesvorschlag beim Parlament eingeht, wird entschieden, welcher Ausschuss mit der Federführung beauftragt wird. Dieser federführende Ausschuss erarbeitet unter Berücksichtigung der Stellungnahmen von mitberatenden Ausschüssen den Gesetzestext, der dem Plenum (= Versammlung aller Abgeordneter) zur Abstimmung vorgelegt wird.

Mitunter kommt es zu Streitigkeiten zwischen den Ausschüssen um die Federführung zu einem bestimmten Sachthema, wie es kürzlich bei dem Gesetzesvorhaben zur Umwelthaftung der Fall war. Dann entscheidet das Plenum, wer den Zuschlag erhält.

Neben den 17 ständigen Ausschüssen gibt es besondere Ausschüsse zu Sonderthemen wie etwa BSE oder Maul- und Klauenseuche in Europa.

II. Das Europäische Parlament hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Gemeinsame Aussprache mit Kommission und Ministerrat zur Flutkatastrophe

Mit einer Schweigeminute für die Opfer der Flutkatastrophe in Deutschland, Österreich und in einigen Beitrittsländern begann das Parlament seine Sitzung. In einer gemeinsamen Aussprache mit Rat und Kommission über die Auswirkungen der Flutkatastrophe und deren zügige Bewältigung stellten die Parlamentarier fest, daß die Kommission nunmehr konkrete Vorschläge vorlegen müsse. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat bereits ein Sofortprogramm ausgearbeitet, das über die Einrichtung eines EU-Katastrophenfonds mit 1 Milliarde € hinausgeht und auch Auswirkungen auf den aktuellen EU-Haushalt sowie den Haushalt 2003 hätte. Es geht dabei nicht nur darum, ein Zeichen der Solidarität mit den Millionen von Betroffenen in den Flutgebieten zu setzen, sondern auch unmittelbar wirksame Soforthilfe noch in diesem Jahr zu leisten. Die Kommission sehe dabei 230 Millionen € verteilt auf 40 Maßnahmen vor. Richtig sei auch ein Ausbau des Frühwarnsystems, sagte Hans-Peter Mayer. Angesichts des gewaltigen Ausmaßes der Hochwasserkatastrophe will das Parlament in der letzten Septemberwoche endgültige Beschlüsse fassen.

2. Verkaufsförderung im Binnenmarkt

Diese Verordnung hat zum Ziel, die Verkaufsförderung europaweit zu harmonisieren, ohne den freien Warenverkehr im Interesse der Verbraucher und des Mittelstands zu beeinträchtigen. Unter Verkaufsförderung versteht man in Europa Rabatte, unentgeltliche Zuwendungen, Zugaben und Gewinnspiele. Rabatte auf Festpreise und der Verkauf unter dem Selbstkostenpreis sind umstritten. Daher bleiben solche Regelungen im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedsstaaten. Glücksspiele, die ausschließlich der Verkaufsförderung dienen, sollen nicht erlaubt sein. Zudem wird Wert darauf gelegt, den Schutz von Kindern und Minderjährigen vor dem Verkauf von Alkohol zu verbessern.

3. Das Parlament macht das Fliegen in Europa sicherer

Die Flugzeugkatastrophen der vergangenen Zeit haben auf drastische Weise deutlich gemacht, dass ein einheitlicher europäischer Luftraum das derzeit herrschende Chaos am europäischen Himmel ablösen muss. Das Parlament beschloss daher mit großer Mehrheit, dass bis spätestens Ende 2004 für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums zu sorgen ist. So sollen die derzeit 41 oft an nationale Grenzen gebundenen "Luftraumblöcke" zusammengelegt und die Arbeit der nationalen Flugsicherungsbehörden grenzüberschreitend koordiniert werden. Das Sicherheitspaket umfasst auch Regeln für die Sicherheit von Flugzeugen und Flughäfen sowie strengere Auflagen für Maschinen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union.

4. Verpackungen und Verpackungsabfälle

Die Parlamentarier verabschiedeten mit 487 Stimmen in erster Lesung das Gesetzgebungsvorhaben zur Wiederverwertung von Verpackungen. Die Mindestrecyclingmenge wurde auf 65 Prozent der Gesamtmenge - am Gewicht gemessen - erhöht. Die Mindestquoten für einzelne Stoffe betragen zukünftig 20 % bei Kunststoffen, 50 % bei Metallen, 55 % bei Papier und 60 % bei Glas. Die Erzeugung von Verpackungsabfällen soll im Vergleich zu dem Volumen von 1998 um 10 % reduziert werden. Ab 2004 dürfen neue Verpackungen schließlich nur noch dann auf den Markt gebracht werden, wenn der Hersteller alle erforderlichen Maßnahmen zur Verringerung negativer Umweltauswirkungen ergriffen hat.

5. Spendenaufruf des Deutschen Bauernverbandes:

Der Deutsche Bauernverband ruft alle Bauern, Landfrauen und Landjugendlichen zur Solidarität mit den betroffenen Bauernfamilien auf. Spenden können Sie überweisen an: Schorlemer Stiftung des Deutschen Bauernverbandes e.V., Stichwort: "Hochwasser-Bauernhilfe", Volksbank Bonn Rhein-Sieg eG, Konto-Nr. 1700 3490 19, BLZ 380 601 86. Weitere Informationen zur Hochwasser-Bauernhilfe erhalten Sie unter www.bauernverband.de.

6. Weitere Themen waren unter anderem:

- **Mehr Pflanzeneinweiß aus Europa**
- **Sicherer Umgang mit radioaktiven Abfällen**
- **EU-Hochschulraum**
- **Lage in Afghanistan**
- **Menschenrechte in Simbabwe**

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter: www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm. Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.
